

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Telegraphenamt Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Die soziale Kraft der Koalition. I. — Monatsbericht vom Krieg. — Aus Politik und Volkswirtschaft. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau. — Verbandsteil. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Totenliste. — Feuilleton: Aus den Erlebnissen eines Armerungsoldaten.

Die soziale Kraft der Koalition.

I.

W enn gleich das Ningen im Westen wie Osten bei Ausgange des zweiten Kriegsjahres so gewaltig tobt, daß eine Abchwächung, geschweige denn ein Ende, als nächst unabweisbar für die nächsten Monate angesehen werden muß, beschäftigt sich doch die Literatur der Volkswirtschaft in steigendem Maße mit der dereinst wiederkehrenden Friedenswirtschaft.

Das ist gewiß freudig zu begrüßen als ein Zeichen wachsenden Friedenswillens. Andererseits wird man allen Voraussagen und Wünschen mit einem gewissen Vorbehalt gegenübersehen müssen, denn niemand vermag jetzt zu sagen, wann der Friede naht und wie er ausfällt. Von letzterem hängt aber in hohem Grade die Wirtschaftspolitik und damit gleichzeitig die mehr oder weniger größere Freiheit der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands ab.

Wäre z. B. der von der Entente angeforderte Wirtschaftskrieg gegen die Zentralmächte tatsächlich nach dem Kriege fortgesetzt, so wäre die wahrscheinlich unausweichliche Folge: Schwierigkeiten, wenn nicht Niedergang der deutschen Exportindustrie, Auswanderung und Arbeitslosigkeit in weiten Kreisen der Arbeiterchaft, schwere Veränderungen des wirtschaftlich gewerkschaftlichen Kampfes usw.

Dabei wollen wir nicht einmal die naheliegenden pessimistischen Gedanken in Anregung setzen, die sich aus der beweisenden Zerklüftung der politischen Betätigung der deutschen Arbeiterchaft ergeben würden. Denn wir wissen noch immer, daß die schwere Wunde, die dem Parteien bereits zugebracht ist, bald nach dem Kriege verheilt, obwohl das nicht ganz sicher ist.

Es mehren sich in diesen Tagen der konservativen Fronde um den Kanzler auch die Anzeichen, daß ein erheblicher Teil bislang recht einflussreicher Leute von Zedlitz bis zur Arbeitserzeitung^{*)} alles verbinden werden, der vielfach angekündigten Reorientierung in der inneren Politik mit aller Zähre zu begegnen.

Erfreulicherweise stehen im brandenden Meer der deutschen Gewerkschaften nach zwei furchtbaren Kriegsjahren unerlöset. Ja, es läßt sich mit ziemlicher Bestimmtheit sagen, daß bei Rückkehr ihrer stärkeren Schichten, die heute an den Fronten zur Verteidigung des Vaterlandes tätig ist, der wirtschaftliche Kampf der deutschen

Gewerkschaften in völlig geschlossener Front mit aller Kraft wieder aufgenommen werden kann.

Und alle „wohlwollenden“ mündlichen wie literarischen Versicherungen aus bürgerlichen Kreisen (wie z. B. im Ebinger-Vogelischen Buch) können uns nicht darüber täuschen, daß entscheidend für die Aufwärtsentwicklung der deutschen Arbeiterchaft in erster Linie die eigene Kraft anspannung ihrer Organisationen sein wird.

So wünschens- und begrüßenswert eine höhere Einschätzung unserer organisatorischen Bestrebungen in bürgerlichen Kreisen sowie auf Regierungsseite ist, sie kann uns doch darin nicht irre machen: Ohne fortgesetzte Selbsthilfe in reger Organisationsarbeit, ohne völlige Geschlossenheit zum mindesten im wirtschaftlichen Kampf der Gewerkschaften vermag eine durchgreifende und feste Verbesserung der Lebenslage der deutschen Arbeiter nicht erzielt werden. Das wird bewiesen durch die geschichtliche Erfahrung der letzten Jahrzehnte in allen Ländern.

Nach dem Kriege sind infolge der grenzenlosen Verarmung aller kriegsführenden Staaten die Lebensbedingungen der unteren Schichten des Volkes ohnehin rückläufig anstatt aufsteigend. Denn niemand wird ernstlich behaupten wollen, daß die Wohlhabenden und Besitzenden oder gar die durch den Krieg reich gewordenen durch Gütmütigkeit, freiwilligen Verzicht oder durch Staats- und Gesellschaftszwang zum Aufgeben ihrer Privilegien zugunsten der Verlorenen bestimmt werden könnten.

Um es also noch einmal zweifelsfrei festzustellen: Was der Krieg ausgeben wie er will, die deutsche Arbeiterchaft muß ihre früheren Kampfmittel: Agitation und Organisation stärker denn je in Anwendung bringen und damit Einheit und Geschlossenheit anrecht erhalten, soll ihr Einfluß auf Staat und Gesellschaft sich geltend machen.

Diese Bemerkungen glaubten wir voraussichtlich zu müssen, wenn wir in nachfolgendem den Gedankenängeln nachgehen, die der untern Lesern wohlbekannte Genosse Dr. Hugo Heinemann in dem neuen Sammelwerk „Recht, Verwaltung und Politik im neuen Deutschland“^{*)} im Anfangskapitel zum Ausdruck bringt. Auf die übrigen Aufträge des Buches einzugehen, müssen wir uns vorerit leider verweigern aus räumlichen Gründen, obwohl die meisten Abhandlungen (wie z. B. von Dr. Hugo Frank über die „Reorientierung in der inneren Verwaltung“, „Selbstver-

*) „Recht, Verwaltung und Politik im neuen Deutschland.“ Herausgegeben von Dr. Alfred Pözl und Dr. Hugo Heinemann. Beiträge von G. Baumgarten, G. Bernhardt, Th. Brauer, v. Campe, A. Cohen, G. Dietz, W. Franz, M. v. Hagen, W. Heine, S. Heinemann, A. Hoffmeister, C. Jönliger, G. Lederer, Th. Lepart, A. v. Lüthenthal, S. Lindemann, W. Marr, A. Müller, A. Niebergall, A. Pappas, S. Pöschel, W. Reim, A. Rin, G. Severina, M. Wöckel. Ver. 9. 1916. Verlag: Ferdinand Enke, Stuttgart. VIII und 408 Seiten. Gebunden 6 Mk.; kartoniert 6,50 Mk.

waltung" von Dr. Lindemann. Arbeitsterif nach dem Kriege" von Th. Leipart) in hohem Maße geeignet sind, das Interesse des Lesers hervorzuheben. Im gewissen Sinne läßt sich von dem Buch zusammenfassend sagen, daß es eine gut gelungene Fortentwicklung des Thimmes-Legienischen Versuchs ist, da nicht so sehr die Notwendigkeit der inneren Verständigung als vielmehr das "Wie der Neuorientierung" auf dem naheliegenden Gebiet der Verwaltung und Rechtspflege eingehend und gründlich erörtert wird. . . .

Dr. Heinemann stellt in seiner Abhandlung die staatlich-militärische Kriegswirtschaft der privaten Interessenwirtschaft der Produzenten und Händler gegenüber und kommt dabei für letztere zu dem scharfen aber durchaus zutreffenden Schluß:

"Es ist bedauernd, daß das bittere, nicht übertriebene Wort fallen mußte, der Wucher sei heute die normale Verkehrsform geworden. Bereitwillig hat das Volk sein Leben hingegeben. Den Profit zu opfern, dazu konnte man sich nicht entschließen. Alle Ermahnungen und alle in Gestalt der verschärften Wuchergesetzgebung, sogar bis zur staatlichen Rechnungsprüfung gerichteten Strafandrohungen vermochten nicht die Erkenntnis

zum Gemeingut zu machen, daß heute die wertvollsten Lebensmittel den Charakter einer Ware vollständig abgeleitet haben und zu nationalen Verteidigungsmitteln geworden sind, so daß, wer hier aus privaten Gewininteressen spekuliert, sich in nichts von dem als infam geltenden Feierteur oder dem verächtlichsten Subjekt, dem Heberläufer, unterscheidet."

Diesen Darstellungen ist kaum etwas hinzuzufügen, und so verdient die Schlußfolgerung Beachtung, zu der Dr. Heinemann gelangt:

"Ziehen wir aus all diesen in der Kriegszeit gesammelten Erfahrungen das Fazit, so ergibt sich: Überall da, wo die staatliche Organisation schon in den Zeiten des Friedens bestand, wie beim Eisenbahnbau und der reifsten Frucht des Staatssozialismus, dem Militärwesen mit der allgemeinen Wehrpflicht, wurden die gewaltigsten Aufgaben glatt bewältigt. Wo es dagegen an der Organisation und der Herrschaft des Staatsgedankens als des unter allen Umständen übergeordneten Elementes fehlte, stellten sich nur mit größter Anstrengung zu überwindende Schwierigkeiten heraus."

Wir werden in einem weiteren Artikel zeigen, welche Forderungen in bezug auf das Koalitionsrecht an Gesetzgebung und Verwaltung zu stellen sind.

◆ Monatsbericht vom Krieg ◆

Berlin, 1. August 1916.

Die militärischen Vorgänge im Juli sind gekennzeichnet durch die bisher furchtbarste Schlacht an der Somme. Seit 1. Juli tobt sie mit wenigen Tagen Unterbrechung und am 20. Juli hat sie vorerst mit dem Ausfall von über 200.000 Engländern und Franzosen einen ihrer unvorstellbaren Höhepunkte erklommen. Das Schlachtfeld ist bislang etwa 100 Quadratkilometer Raumbereich d. h. auf 30 Kilometer Front 3-5 Kilometer Tiefe für die englisch-französische Armee. Das feindliche ihnen aber 350.000 Verluste! "Durch kommen sie nicht!" laut jeder, wenn auch die Lage ernst bleibt. Lange kann diese furchtbare Offensive Anspannung unserer Gegner kaum mehr aushalten. — Vor Verdun hat bei alledem unsere Offensive noch am 2. Juli die hohe Panzer von Samoupp erobert, am 11. Juli die Werke vor Souville und Lauffe (2150 Gesch.). — Stärkere Erfolge weist die Russen-Effensive in Wolhynien und in der Bukowina auf. Allerdings ist der russische Raumbereich seit Ende Juni nur noch gering. Die Marpaten sind im Süden der Halbinsel, während auf der wolkowischen Hauptfront der Stosch noch immer die Offensive bildet. Nur eine neue Welle ist durch die russische Eroberung von Brody hinzugekommen. Das neue Millionenheer der Russen muß aber durch die furchtbaren Massenverluste bei seinen unablässigen Angriffen bald erschöpft sein. Dazu sind deutsche und russische Truppen im Anmarsch gegen die rumänische Grenze an den Marpaten. — An der italienischen Front, im Kaukasus und den anderen Nebenkriegsschauplätzen hat sich die Situation nur wenig verändert. Erzgrün an südlich Erzgrün, ist allerdings in russischen Händen, aber die türkische Front steht unerschüttert. — Eine amtliche Zusammenstellung ergibt für die zwei Kriegsjahre:

I. Die Mittelmächte haben jetzt auf europäischem Boden vom feindlichen Gebiet befreit: Belgien 29.000 Quadratkilometer, Frankreich 21.000, Rußland 280.000, Serbien 87.000, Montenegro 11.000, im ganzen 431.000 Quadratkilometer.

Der Feind hat befreit: Galizien 1000 Quadratkilometer, Galizien und Bukowina 21.000, im ganzen 22.000. Am Ende des ersten Kriegsjahres war das Zahlenverhältnis gewesen: 180.000 zu 11.000 Quadratkilometer.)

II. Die Gesamtzahl der Kriegsgefangenen betrug gegen Ende des zweiten Kriegsjahres: In Deutschland 1.633.794, Österreich-Ungarn 942.489, Bulgarien rund 38.000, der Türkei 14.000, im ganzen 2.656.283. Vor einem Jahre hatte die Gesamtzahl der Kriegsgefangenen in Deutschland und Österreich-Ungarn betragen: 1.695.000. Von russischen Kriegsgefangenen befinden sich in Deutschland 9019 Offiziere, 1.202.872 Mann, Österreich-Ungarn 4212 Offiziere, 777.321 Mann, Bulgarien und der Türkei 33 Offiziere, 1435 Mann, im ganzen 13.294 Offiziere, 1.981.631 Mann.

In deutsche Kriegsgefangenschaft sind bisher geraten: Franzosen 5947 Offiziere, 48.731 Mann, Russen 9019 Offiziere, 1.202.872 Mann, Belgier 656 Offiziere, 41.752 Mann, Engländer 947 Offiziere, 29.564 Mann, Serben 23.914 Mann, im ganzen 16.549 Offiziere, 1.647.225 Mann.

III. In Deutschland ist folgende Kriegsbeute bisher festgestellt worden: 11.029 Geschütze mit 474.038 Geschossen, 9000

Munitions- und andere Fahrzeuge, 1556132 Gewehre und Karabiner, 4160 Pistolen und Revolver, 3450 Maschinengewehre.

Hierbei muß bemerkt werden, daß nur die nach Deutschland zurückgeführte Beute angegeben ist, während eine nicht annähernd zu bestimmende Anzahl von Geschützen, Maschinengewehren und Gewehren mit Munition im Felde sogleich in Gebrauch genommen ist.

IV. Von den in den Lazaretten des gesamten deutschen Heimatgebietes behandelten Angehörigen des deutschen Feldheeres wurden nach der letzten vorliegenden Statistik 90,2 vom Hundert wieder dienstfähig, 1,1 vom Hundert starben, 8,4 vom Hundert blieben dienstunbrauchbar oder wurden beurlaubt. Infolge der hygienischen Maßnahmen, besonders infolge der streng durchgeführten Schutzimpfungen ist die Zahl der Erkrankungen an Seuchen im Jahre verhältnismäßig gering geblieben. Stets hat es sich nur um Gelechtskrankheiten gehandelt und niemals sind die militärischen Maßnahmen durch Seuchen genützt worden.

Mittelschiffe der Flotte, Minenschiffe, Panzer-, geschützte und kleine Kreuzer, den Kriegsschiffen:

	England und Bundesgenossen		Deutschland und Bundesgenossen	
	Zahl	Batterieverbindungen	Zahl	Batterieverbindungen
1. Kriegsjahr	27	295.930	20	109.321
2. "	22	290.320	10	82.210
insgesamt	49	582.250	30	191.531
davon England allein	40	485.220	25	162.676
			Deutschland allein	

In dem verflochtenen Kriegsjahr sind durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte ferner insgesamt 879 feindliche Handelschiffe mit 1.816.782 B.R.T. verlorengegangen. Insgesamt sind seit Kriegsbeginn bis zum 30. Juni 1916 durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte 1303 feindliche Handelschiffe mit 2.574.205 B.R.T. vernichtet worden, wobei die in den Häfen der Mittelmächte beschlagnahmten feindlichen Handelschiffe nicht mitgerechnet sind. Diese gewaltigen Verluste lassen einen gewissen Rückschlag zu auf die ungeheuren Kriegskosten aller kriegsführenden Länder.

Die politischen Ereignisse im Juli sind gleichfalls von hervorragender Bedeutung. Am 3. Juli wurde ein russisch-japanisches Abkommen getroffen über die wirtschaftliche Aufteilung Chinas, wobei sich Japan den Löwenanteil an Süd-China sicherte. Überhaupt sind wohl Amerika und Japan diejenigen Staaten, die sich durch den Weltkrieg unglücklich bereichern und bereichern. Mitte Juli trat der russische Außenminister Sazonow zurück und Ministerpräsident Stürmer übernahm dessen Amt. Er spricht denselben Faden und wünscht "Krieg bis zum Ende". In Italien drohte erneut die Kriegserklärung an Deutschland wegen Nichtzahlung der Renten, die andererseits wegen vieler Rechtsbrüche Italiens verweigert wurde, doch ist bislang noch nichts geschehen. Wohl liegt es in Rumänien, das sich jeden Tag entschließen kann, an Österreich den Krieg zu erklären. Hier hängt alles von den weiteren militärischen Ereignissen in der Bukowina und in Siebenbürgen ab. Das Kriegsjahr schließt ab mit 3 Erlaß des Kaisers an Meer, Flotte und Volk, die Anerkennung, daß die Friedenswünsche enthalten. Möge diese in allen Ländern millionenfach wiederhallende Stimme nach Frieden endlich dem furchtbaren Weltkrieg ein Ziel setzen.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Genossenschaftswesen.

Beamten und Konsumvereine. Vor dem Kriege wurden bekanntlich, namentlich in Preußen, die Staats- und Gemeindebeamten und Arbeiter, ja sogar deren Familienangehörige vielfach unter Androhung wirtschaftlicher Nachteile daran gehindert, ihre Verbraucherinteressen durch Beitritt zu den Vereinen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu wahren. Maßgebend für solche die Beteiligten empfindlich schädigende Anordnung war der auch bei den Behörden weitestgehend durchgeführte, die Beamten Konsumvereine verfolgende „summarische“ Verbot, ein Aberglaube, der von den Mittelstandsrettern mit großer Energie gefördert wurde. Der Krieg räumte auf diesem Gebiet die für die Beamten Konsumvereine geltende Verbot auf, die für die Konsumgenossenschaftliche Vertretung der Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Kategorie liegt es nun, von dem ihnen gewährten Rechte geeigneten Gebrauch zu machen. In zahlreichen Fällen ist dies bereits geschehen, was ja bei der herrschenden Teuerung und den damit nicht eben glänzenden Einkommensverhältnissen der Staats- und Gemeindeangestellten begreiflich ist. Der zweckmäßigen Wahrung der Interessen dieser Verbrauchergruppen erwachsen aber namentlich die Bemühungen, sonderbarer und törichterweise aus den Kreisen der Verbraucher selbst. Man redet unter Verhüllung auf angebliche „besondere Lebensbedingungen“ der Beamten besonderen Konsumvereinen mit einem eigenen Revisionverbande das Wort, und schreitet sogar zu der Begründung, das müsse vom Standpunkte der Regierung sogar gewünscht werden, denn dadurch würde „eine Gewähr geboten, daß sich alle Beamtenkonsumvereine auf streng staatsrechtlichen Boden weiterentwickeln und nicht in fremden Verbänden Ideen aufnehmen, die dem Allgemeinwohl der Beamtenschaft zuwiderlaufen.“ Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ bemerkt zu dieser eigenartigen Behauptung: „Da haben endlich die deutschen Behörden öffentlich anerkannt, daß staatsliche Bedenken gegen die Zulassung von Beamten zu bestimmten Konsumvereinen nicht bestehen, und damit dem unheimlichen Gedächtnis von der diesen Vereinen angeduldeten „Staats-treue“ ein wohlverdientes Ende bereitet, und hier kommt ein Beamter zum Vorschein, der den abgetriebenen Klepper längt weiter reitet und bereit ist, Vorurteilen und Irrtümern zuliebe ein mühsam erworbenes Recht leichtem Herzens wieder preiszugeben! Wir trauern der Majestät der Beamten mehr schändes Urteil zu und hoffen, daß sie auch auf dem Gebiete der Organisierung des Verbrauchers die früher so oft beklagte gefährliche Schädigung des Beamten durch die dem Staate durchaus nicht förderliche Neigung zur Vereinsbildung nicht wieder eintreten lassen, sondern Arm in Arm mit allen anderen gleichberechtigten Gliedern der Staatsgemeinschaft der Interessen wahrnehmen werden. Das Abschließen von Voten, wie es hier gepredigt wird, hat vor dem Kriege Zustände geschaffen, die alles andere als erfreulich waren. Wer sie wieder herbeiführen will, erweist dem Vaterlande keinen guten Dienst.“

Aus den Stadtparlamenten

Kriegs-Teuerungszulage.

Berlin. Die Verteilung der Kriegszulage für städtische Arbeiter, Angestellte und Beamte sollte nach einem Magistratsbeschlusse in der Weise erfolgen, daß sie für Verheiratete ohne Kinder bei einem Gesamteinkommen bis zu 2500 Mk. für Verheiratete mit Kindern bei einem Gesamteinkommen bis zu 3000 Mk. gewährt werden sollte. Die Stadtverordnetenversammlung hatte die Grenzen für die erste Kategorie auf 3000 Mk. für die zweite auf 4000 Mk. beantragt. Der Magistrat stellt jetzt der Stadtverordnetenversammlung mit, daß er dem Beschlusse beitreten ist. Um die städtischen Pensionäre besonders unterstützen zu können, soll der Mannereisatz erhöht werden, wenn die 15000 Mk. verbracht sind.

Gütlings bei Karlsruhe. Nachdem der Stadtrat unser Gesuch um Erhöhung der Teuerungszulage vom 6. April unterm 17. April ablehnend beschieden hatte, wurde unterm 20. Juni ein neuer Antrag eingereicht, dahingehend, daß die Zulage von wöchentlich 2 auf 3 Mk. erhöht wird. Der Stadtrat hat nun diesem Antrag mit Wirkung vom 10. Juli ab stattgegeben. Der weitere Antrag, den Erholungsurlaub wieder zu gewähren, wurde abgelehnt, da nicht genügend Arbeiter vorhanden seien.

Kastell. Nachdem den Gasarbeitern schon vor einiger Zeit die Teuerungszulage um 25 Pf., also von 30 und 40 Pf. auf 55 und 65 Pf. pro Tag erhöht worden war, ist den Bauarbeitern dieselbe nun ab 1. Juli auf sozialdemokratischen Antrag auch von 25 auf 50 Pf. pro Tag erhöht worden.

Stendal. Endlich hat sich auch unsere Stadtverwaltung bereitgefunden, die bisherigen recht mäßigen Teuerungszulagen der städtischen Arbeiter zu erhöhen. Jeder ist aber auch die Erhöhung der Zulagen recht mäßig ausgefallen und entspricht keineswegs den Teuerungszulagenverhältnissen. Bisher erhielten die Arbeiter mit Wochenlohn bis 21 Mk. 1,25 Mk., und die Arbeiter mit höheren Löhnen 1 Mk. wöchentliche Zulage. Diese Sätze sind jetzt auf 2 Mk. resp. 1,50 Mk. erhöht worden. Auch die bisherigen Kinderzulagen haben eine Änderung erfahren. Bisher erhielten nur Familien mit 2 und mehr Kindern Zulagen und zwar in folgender Höhe: Bei 2 Kindern 3 Mk., bei 3 Kindern 6 Mk., bei 4 und 5 Kindern 10 Mk. und bei 6 und mehr Kindern 15 Mk. monatlich. Jetzt werden mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ab folgende Sätze gezahlt: Für 1 Kind 5 Mk. und für jedes weitere Kind 2 Mk. monatlich. Die neuen Kinderzulagen werden den Verhältnissen etwas mehr gerecht wie die früheren, indem die Bezüge der Familien mit bis zu 5 Kindern und der mit mehr als 5 Kindern keine Erhöhungen erfahren. Dagegen bleiben die Zulagen der Familien mit 6 Kindern wie bisher. Daß über diese Zulagen große Kreise bei den Kollegen herrscht, wird die Stadtverwaltung wohl nicht erwarten. Früher werden ihre Bemühungen um Erreichung weiterer Zulagen fortsetzen müssen.

Erholungsurlaub.

Bamberg. Den städtischen Arbeitern wird in diesem Jahre wieder der volle Urlaub gewährt.
Düsseldorf. Auf ein Gesuch unserer Gauhilfs erhalten die städtischen Arbeiter in diesem Jahre wieder 1 Tage Erholungsurlaub.

Aus den Erlebnissen eines Armierungssoldaten.

Kollege M e n n e r, der schon seit über einem Jahr im Westen als Armierungssoldat tätig ist, schildert uns folgende anschauliche Schilderung vom 21. Juli 1916:
Aus meiner Weihnachtspost weist Du ja, welche Winterkämpfe uns der Himmel durch seinen unaufhörlichen Tränenhimmel bescherte. Weißer wurde es für uns auch nicht, als im Mitte Januar verladen wurden und unser, im Sommer gewöhnlich so schönes Bergland mit der Weidre Ebene wieder verstaubten. Dort hatten wir wenigstens beim Bau der Stellungen Arbeit unter den Füßen und sonderbarerweise einigemmaßen bei der Arbeit trocken. Der Regen aber sollte hier, dafür war der Sommer noch zäher und bei dem Einsinken in den Morast, wo stellenweise die Stiefel kaum hoch genug waren, wurde das Gehen noch beschwerlicher. Es mit welcher „Wellen“ haben wir da bei einer Abfahrt ein kistiges im Schlamm verankertes Gleis aus, während die Thermometer auf dem Nullpunkt stand und große, breite Schneeflocken unsere Arbeit segneten. Als wir einige Zeit später im Bau von Artilleriestellungen die bereits fertigen Wassergräben vertiefen und die in Wasser und Schlamm begrabenen Holzbohlen wieder ausheben mußten, dabei tagtäglich von Regen beschüttelt und von ringsumher einfallenden Granaten nahezu umgeben wurden, waren wir jedesmal froh, wenn am Abend nach dem Schlamm immer wieder unsere Mäntel bei hemmbrachten. Ah, die beschriebenen sind doch unsere Erfahrungen aus meiner Unterkunftsstube geworden. Das damalige Quartier, das vor 12 Jahren gebaut und ein Zimmer in Größe von 3 x 3 x 2 1/2 Meter war,

wollte uns wegen seiner schrecklichen Enge gar nicht bequemen. Eines Nachmittags wollte sich der Lamm überhaupt nicht legen. Wir waren auf dem Heimweg von einem Wollenbruch überrascht worden, der keinen trockenen Faden an uns ließ. Der Sturm hatte mittlerweile auch Weiche in das regenfeudliche Loch unseres Wohnhauses geschlagen und in großen, rotlich hintereinanderfolgenden Tropfen fiel das Wasser durch die Decke in unsere stille Kammer. Dabei hatte es nicht einmal halt vor meinem auf solche Heberlastungen nicht vorbereiteten Fournier gemacht. Dabei war die trockene Matze, auf die ich mich so sehr gelehrt hatte. Ruhig wurde am eisernen Ofen, den wir einem verlassenen Wahnwärtershaus entlehnt hatten, der Wärmehähen an unserer Bekleidung ausgebeißert.

Der Beginn der Offensive gegen Verdun kündigte sich auch bei uns durch vermehrte Artillerietätigkeit auf beiden Seiten der Front an. Eines Nachmittags zeigten gelbe Fächchen an, daß unsere Einsatzunterkunft vor Beschädigung nicht mehr sicher ist. Ein Befehl der Einsatzkommandantur befahl mir, daß sich bei eintretender Gefahr alles (Zivil und Militär) sofort in die Unterstände zu begeben habe. Am nächsten Tage kam uns eine Erdoberfläche auf halbem Heimmarisch entgegen. „Unser Dorf ist beiseite gewand; die Kompanie darf nur in Gruppen von höchstens drei Mann eintreten!“ berichtete er. Frische Vöcher in Weiden, Giebelwänden und Fächern zeigten uns, was passiert war. Eine Granate hatte dem Quartier einer unserer Korporalschaft einen Besuch abverleitet, und arge Verwüstungen unter den dort hängenden Fournieren angerichtet. Ein Artillerist war tödlich verwundet worden, eine Artillerie eine Verwundung davon. Während wir 12 Mann mit dem Einnehmen unserer Wägen beschäftigt sind, läßt ich den Abdruck einer neuen Salve. Am Abend liegt sich alles dem Ausgang und dem nahen Untergang zu. Wir hören noch das

Aus unierer Bewegung

Bamberg. In der Mitgliederversammlung vom 29. Juli erstattete Gemeindebevollmächtigter Genosse **Steib** Bericht über die nunmehr abgeschlossenen Verhandlungen betr. Erhöhung der Feuerzuzulagen. Die Neuregelung tritt mit dem 1. Juli 1916 in Kraft und enthält folgende Sätze: Ledige 4,50 Mk.; Verheiratete ohne Kinder 6 Mk.; Verheiratete mit 1 Kind erhalten 7,50 Mk.; für jedes weitere Kind unter 16 Jahren außerdem eine Minderzulage von 3 Mk. monatlich bis zum Höchstmaß von 25,50 Mk. für 7 Kinder. Vom **Kedner** wurde dabei betont, daß er selbst bei den Verhandlungen die von uns am 27. Juni eingereichte Eingabe zur Beschlußfassung empfahl, jedoch bei der bürgerlichen Rathsamensmehrheit kein Verständnis dafür fand. Er müsse auch offen zugeben, daß die jetzigen Zulagen — ganz besonders in den inneren Säben — entschieden zu niedrig seien und von den übrigen bayerischen Städten von der Bedeutung Bamberges zum Teil erheblich überstiegen seien. Unter diesen Umständen braucht sich auch der Stadtmagistrat nicht wundern, wenn ihm bald eine neue Eingabe zugeht, in der die Erhöhung der jetzigen Zulagen verlangt wird.

Brandenburg a. O. Als vor zwei Jahren der Krieg ausbrach und auch ein großer Teil der städtischen Arbeiter zum Wehrdienst einberufen wurde, konnten die meisten der Zurückbleibenden den sonst soliden Sommerurlaub von 3, 5 und 7 Tagen nach 3, 5 und 10 Jahren nicht mehr erhalten. Im Interesse der Allgemeinheit haben sie auch gerne darauf verzichtet. Nach und nach wurden die fehlenden Arbeiter durch Einstellung von Ersatzkräften ergänzt und die städtischen Arbeiter glaubten, daß die Stadtverwaltung im vorigen Jahre den Urlaub wieder gewähren würde. Die Arbeiter wurden aber in ihren Hoffnungen getäuscht. Infolge der Einberufungen war der Arbeiterausstoß, der sonst alle Arbeiterinteressen zu vertreten hatte, nicht mehr in Tätigkeit. Die Gesamtleitung unseres Verbandes wurde deshalb beauftragt, durch eine Eingabe an den Magistrat die Verwilligung des Urlaubs nachzusuchen. Am 11. Juni wurde die Eingabe abgegeben und am 13. Juni traf schon die Antwort des Magistrats ein. Sie brachte aber nicht die Verwilligung des Urlaubs. Es ist immerhin von Interesse, die Antwort wörtlich kennen zu lernen. Der Magistrat schreibt: „Wir können Sie nicht für legitimiert erachten, sich in unsere Angelegenheiten einzumischen. Es dürfte auch Ihnen einleuchten, daß wir die Beziehungen zu unseren Arbeitern durch unmittelbare Verhandlung mit diesen besser und zuverlässiger regeln können, als wenn sich eine Zwischenperson einschleibt. Schlußener.“ — Bis zum Monat Juli dieses Jahres hat der Magistrat aber noch nichts unternommen, um mit den Arbeitern zu verhandeln. Auch in diesem Jahre warten die städtischen Arbeiter noch immer auf die Gewährung des Urlaubs. Die meisten deutschen Stadtverwaltungen haben ihren Arbeitern wieder den vollen sonst üblichen Sommerurlaub gewährt, und wo es sich um unaufrichtige Leute handelt, für welche schwerer Erlass zu schaffen ist, wird für den entgangenen Urlaub der doppelte Lohn gezahlt. Von alledem scheint die Brandenburg. Stadtverwaltung keine Kenntnis zu haben. Die Antwort selbst beruht aber so eigentümlich, weil während des Krieges die Tätigkeit der Gewerkschaften nicht nur von Arbeitgeberseite, sondern auch von der Regierung als eine sehr segensreiche anerkannt ist.

Gleimitz. Am 29. Juli tagte im Restaurant „Hoffnung“ unsere Mitgliederversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben der in Frankreich gefallenen Kollegen **Laurentin** und **Schulze** in üblicher Weise geehrt. **Assmann** gab Kollege **Freiherr** Dresden einen Bericht über die Abänderung des Reichsvereinsgesetzes, bezug der Altersrente vom 65. Lebensjahre und Erweiterung der Krankenversicherung, welcher mit großem Interesse verfolgt wurde. Bedauerlich ist es nur, daß bei derartigen Ausführungen die Versammlungen nicht dementsprechend besucht werden. Hierauf gab der Kassierer den Massenbeitrag vom 2. Quartal. Die Einnahme inklusive Bestand betrug 4074,73 Mk. Derfelde hielt eine Bilanzansage von 994,71 Mk. gegenüber. Im Antrage des Vorstandsvorstandes wurden ausbezahlt: 60 Mk. Sterbe-, 408,75 Mk. Anwarts- und 24,25 Mk. Arbeitslosenunterstützung. In der weiteren Abhandlung 802,90 Mk. Der Bilanzbestand begünstigt sich demnach auf 1725,12 Mk. Mitglieder waren am Schluß des Quartals noch 315 vorhanden. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Einige vom Vorstand erwidigte Unterstützungsanträge wurden von der Versammlung gutgeheißen. Zum Schluß wurde Kollege **Hillich** als Vertreter gewählt.

Gleichen. In den Vertrieben der Stadt Gleichen herrschen immer noch viele Mißstände. So sind z. B. in letzter Zeit Mündbännen im Gas- und Wasserwerk vorgekommen, die die Arbeiter nicht als gerechtfertigt ansehen können. Der Straßenmeister **B.** hat wiederholt Absage gemacht, die sehr für die Familien ganz besonders untragbar sind. Hier muß unbedingt für Abhilfe gesorgt werden. Bei den städtischen Arbeitern sieht es in den meisten Familien recht trübe aus. Die Feuerzuzulagen sind zwar seit Monat Mai auf Eingabe unseres Verbandes um 50 Proz. erhöht worden. Das will aber wenig heißen, denn die erste Feuerzuzulage betrug für Mann und Frau je 2 Mk. und für 1 Kind unter 15 Jahren 1 Mk., sie beträgt jetzt für Mann und Frau 6 Mk. und für ein Kind 1,50 Mk. monatlich. Das ist völlig unzulänglich bei den jetzigen Wucherpreisen von Lebensmitteln.

Horburg a. Elbe. Auf unsere in Nr. 31 der „Gewerkschaft“ mitgeteilten Forderungen hat nachden und unter Veranlassung auf Vertritt gefasste Beschlüsse die persönliche Aussprache eines Verbandsvertreters mit einem maßgebenden Beamten der Stadtverwaltung abgegeben war, der Magistrat uns den Wortlaut seiner Entscheidung zugestellt. Wir lassen ihn folgen: „Die städtischen Kollegen haben in ihrer am 28. v. M. abgehaltenen gemeindefreundlichen Sitzung beschlossen, die Kriegsteuerzulagen der städtischen Arbeiter, die gegenwärtig betragen: für verheiratete Arbeiter oder un- verheiratete Arbeiter mit eigenem Haushalt 0,20 Mk. pro Tag, für Arbeiter mit 1 Kind unter 14 Jahren 0,30 Mk. pro Tag, für Arbeiter mit 2 Kindern unter 14 Jahren 0,40 Mk. pro Tag, für Arbeiter mit 3 Kindern unter 14 Jahren 0,50 Mk. pro Tag, für Arbeiter mit 4 Kindern unter 14 Jahren 0,60 Mk. pro Tag, um 15 Pf. zu erhöhen, mit der Maßgabe, daß die Kriegsteuerzulagen für Arbeiter mit mehr als 4 Kindern um weitere 15 Pf. für ein Kind für den Arbeitstag erhöht werden. Die erhöhten Kriegsteuerzulagen sollen mit der nächsten nach der gemeindefreundlichen Sitzung beginnenden Lohnzahlungsperiode in Kraft treten. Den weiteren Anträgen der städtischen Arbeiter, die in der Eingabe des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter **Horburg** vom 26. v. M. gestellt sind, haben die städtischen Kollegen nicht entsprechen können. gez. **Denicke**.“ — Wir fragen, wann

Arrepierten der Granaten. Gott sei Dank! Den ersten Schüssen waren wir entronnen, die zweiten konnten uns nicht mehr treffen. Borexit war die Gefahr vorüber. An dem Tage wurden wir von solchen Unliebsamkeiten nicht mehr belästigt. Die Schüsse waren mit Ausnahme des einen in das freie Feld gegangen. Dieser aber hatte sich den Pferdewall unseres Kompagnieführers ausgesucht. Obwohl das Pferd auch freipert war, blieb das Pferd unverletzt. Am nächsten Tage kam die Munde vom raschen Zurückgehen der Franzosen. Trotzdem wurde in einigen kritischen erbittert gekämpft. Schaurig klang von dort das Gewehrfeuer herüber und zahlreiche forderte gewaltig Tod dort seine Opfer. — Die veränderte Situation an der Front brachte auch für uns veränderten Dienst. Ich gehörte zunächst dem Kommando für das Munitionsdot, später dem des Pionierparks an. Pflöckig wurde unsere Moralität dort wieder abgerufen. Unsere neue Aufgabe war eine Schaufel, die andauernd unter Granatfeuer lag, von den Schüssen zu befreien, die ihr die Geschosse zuzugaben. Mit den gemischtesten Gefühlen traten wir, mit Gasmaske bewaffnet, unsere ein: Nachtarbeit an. Ein Pflöckiger Karrik brachte uns nach demelde unserer neuen Tätigkeit. Das im wesentlichen fest gewundene Dorf S. sollte das notwendige Steinmaterial liefern. Unheimlich sah es aber hier aus. Die ganze rechte Seite war nichts als ein Schutt- und Steinhaufen. Da und dort ragte höchstens noch ein Mauerrest schaurig in das Dämmerlicht der Nacht empor. Die linke Seite wies noch einige Ruinen auf, wovon die eine aber auch noch ein zerbrochenes Dach besaß. Durch die vorher ständert gescheitlich das weiße Licht der Leuchtsignale vor der Front und hell verlungerte Matten brühten schamend über die Straße oder loten sich an dem sich gefüllten Pferdewall gutlich. Alles in allem ein gräßlicher Eindruck. Unter solchen Umständen gingen wir an die Arbeit. Im großen und ganzen herrschte Stille ringsum.

Nur dann und wann fiel irgendwo ein Kanonenschuß. Schen glaubten wir, für die erste Nacht unsere Arbeit friedlich beenden zu können. Da, es war wohl 1/2 Uhr, heult ganz plötzlich eine Granate direkt auf uns zu. Wie, weder vorher noch nachher, habe ich das Herankommen so unheimlich empfunden wie bei diesem Geschöß. Im Nu lagen wir alle platt auf dem Bauch. Mit obers- betäubendem Knall freipert-das Umgebener in unmittelbarer Nähe. Der eine schlägt 30, der andere 50 Meter, wo der Einschlag erfolgte. Ein neben mir liegender Baum säng mehrere Granatplitter auf. Dann geht es auf und davon, was die Weine laufen, nach dem Vorübergang zurück, nicht ohne, daß wir uns inzwischen vor rechts- und links einschlagenden Granaten zu Boden werfen müssen. Zur ebenmäßigen französischen Schützengraben, vor dem Dorfe, der un- einigemäßigen Sicherheit bietet, sammeln wir uns. Die sofort ver- genommene „Geleitbau“ ergab zu aller Freude, daß keiner verletzt- und keiner verletzt war. In den folgenden Nächten war die- Schieferer teilweise noch härter. Der Zufall wollte es aber, daß wir immer an einer Stelle arbeiteten, wo die Geschosse nicht ein- schlugen. Zudem hatte ich noch in einer Ruine einen Unterstand entdeckt, der im Notfall 10 Mann von uns aufnehmen. Nach 8 Tagen wurden wir abgelöst und einem Tageskommando zugeteilt, das der Beschäftigung über war.

In der Zwischenzeit hatten die Franzosen ihre arbeit- Tätigkei, rückwärtige Dörfer zu beibehalten, wieder aufgenommen. Hierin kam der vor uns liegende Ort daran. Einzige Schüsse, die ert- arangehen wurden, ließen es der Wehrlosigkeit getaten, schienen, das Dorf zu räumen. Das genügte anheimelnd der Franzosen nicht. Auf die vollständige Befriedigung des Ortes hatten sie es wahrheitsgemäß abgeben. Umgebener war das Bombardement der nächsten Zeit, besonders in einer Sonntagnacht. 200 Schüsse waren wohl hineingegangen. Wir glaubten am anderen Morgen

Nach die Familien der eingezogenen städtischen Arbeiter von Brandenburg haben für ein ganzes Jahr Unterzügen von unserem Verband erhalten. Sie konnten diese nur so nötiger gebrauchen, als die Stadtverwaltung nur einen Zuschlag von 25 Proz. zur monatlichen Unterzügen gewährte. Eine Anzahl Stadtverwaltungen haben während des Krieges neue Bestimmungen geschaffen, nach denen die Vertreter unseres Verbandes an den Verhandlungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter teilnehmen. Wir erinnern nur an die in letzter Zeit gefassten Beschlüsse von Pommern und Kiel. Die städtischen Arbeiter erwarten nun, daß die Arbeitervertreter in der Stadtverordnetenversammlung sich ihrer Rechte und den Magistrat an seine soziale Pflichten erinnern. Sollen denn nun eigentlich die neuen Sätze in Kraft treten? Mit der Lohnzahlungsperiode, die nach der nächsten gemeindefälligen Sitzung stattfindet? Und wenn nun diese nächste gemeindefällige Sitzung stattfindet? Die Arbeiter werden doch nicht etwa noch bis Dezember warten sollen? Das Zustandnis ist so bescheiden, daß nur wenig Freude damit gewendet wird. Das Gegenteil von Freude wird aber mit der garten Verneinung der Wünsche für die Kriegseisernen erzeugt. Ihre Stellungnahme behält sich die Arbeiter bis nach vor.

Mains. Im „Goldenen Flug“ fand am 23. Juli unsere Monatsmitgliederversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgte die Erörung des gefallenen Kollegen Knödel in gekannter Weise. Die Abrechnung vom zweiten Quartal zeitigte folgendes Bild: Gesamteinnahmen 3262,91 Mk., inklusive Kassenzins, Gesamtausgaben 1628,69 Mk., bleibt ein Kassensaldo von 1634,22 Mk. für nächstes Quartal. Die Ausgaben setzen sich folgendermaßen zusammen: Bilanzausgabe 388,87 Mk.; an Unterzügen zu Lohnen der Hauptklasse wurden geleistet laut der Belege 1462,57 Mk. An die Hauptkasse gezahlt in bar 893,57 Mk. Die Mitgliedszahl beträgt 342. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlassung erteilt. Sodann referierte Gauleiter Ubbeser über die Kriegsvorkämpfer und deren Löhne in städtischen Betrieben. Hierzu entwickelte Redner in klaren Ausführungen die Notwendigkeit des Eingreifens der Organisation bei den Stadt- und Kommunalverwaltungen, damit die Kriegsvorkämpfer nicht die Vordränger gegenüber den anderen Arbeitern in städtischen Betrieben ausgespielt werden. Die vom Verbandsvorstand aufgestellten Grundsätze sollen wie im ganzen Gau, so auch hier der Bürgermeisterei in Form eines Antrags übermittelt werden. Von einem Kriegsvorkämpfer Kollegen wurde angeregt, die Angelegenheit zu beschleunigen, damit noch während des Krieges ein gewisses Resultat erzielt wird. Beschlüssen wurde, eine gemeinschaftliche Sitzung der Ortsverwaltung mit dem Arbeiterausschuß, der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion und dem Gauverband, die zu dieser Frage Stellung nehmen soll, in Kürze abzuhalten. Ebenso wurde die Anregung des Gauleiters gutgeheißen, einen Antrag der Bürgermeisterei zu unterbreiten, wonach bei allen Kommissionsberatungen, die sich mit Fragen der städtischen Arbeiter oder vom Arbeiterausschuß gestellten Anträgen beschäftigen, der Gau- oder Ortsbeamte vertreten sein muß. Die anstehende Debatte bewegte sich im Rahmen der obigen Ausführungen. Bei der letzten Regelung der Kriegsteuerungszulage wurden die Puffkassen übergeben. Auf eine diesbezügliche Eingabe des Arbeiterausschusses teilte der Herr Oberbürgermeister schriftlich mit, daß die Puffkassen nicht als händige Arbeiter in Betracht kämen, auch

der Arbeiterausschuß nicht die zuständige Instanz zur Vertretung der Puffkassen sei. Auch hier soll die Sache weiter verfochten werden. Nachdem noch von verschiedenen Kollegen Fragen lokaler und innerer Natur zur Sprache gebracht waren, schloß der Vorsitzende Kollege Meier die anregend verlaufene Versammlung.

Höflau a. G. Unsere Kritik an den bewilligten geringen Feuerungs- und Zulagen (siehe Nr. 25 der „Gewerkschaft“) ist doch nicht vergeblich gewesen. Die Stadtverwaltung hat die Feuerungszulagen wesentlich erhöht. Sie betragen jetzt 4-7 Pfennige pro Arbeitsstunde. In einer am 30. Juli d. J. stattgefundenen Zusammenkunft erklärten die Kollegen, sich mit den jetzigen Zulagen einstweilen zufrieden zu geben und von weiteren Schritten zur Erlangung weiterer Zulagen abzusehen. Wie der Magistrat mitteilt, ist außer den oben genannten Zulagen „im Ausnahmefalle, denjenigen Arbeitern, welche sich durch Fleiß (im Original wird unterstrichen. D. W.) und Anständigkeit auszeichnen, um die Weihnachtszeit eine ähnliche Vergünstigung wie im Vorjahre (30 Pf. D. W.) zuzubilligen.“ Hoffentlich werden an den „Fleiß und die Anständigkeit“ der Kollegen nicht allzu große Ansprüche gestellt, damit sie auch wirklich in den Genuß der „Vergünstigung“ kommen. — Einen Ausgleich gegenüber den hohen Lebensmittelpreisen schaffen die jetzigen Zulagen natürlich auch nicht; immerhin bieten sie aber schon eine wesentliche Verbesserung der Lebenshaltung der Kollegen. Bedauerlich ist aber, daß es hier immer noch einige organisationsfähige Kollegen gibt, die sich weigern, sich dem Verbands anzuschließen.

Bernigerode a. G. Unsere Eingabe an den hiesigen Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung um Erhöhung der Feuerungszulagen vom 14. Mai d. J. ist wieder erfolgreich gewesen. Die Feuerungszulagen sind verdoppelt worden. Sie betragen bisher für ledige Arbeiter 1,00 Mk. und für verheiratete Arbeiter 1,50 Mk. pro Woche, dazu kamen für jedes Kind wöchentlich 0,30 Mk. Jetzt betragen sie also für Ledige 2,00 Mk., für Verheiratete 3,00 Mk. und für jedes Kind 0,60 Mk. pro Woche. Bezahlt werden diese erhöhten Zulagen seit 1. Juli d. J. Sie sollen aber nach dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung vom 28. Juli d. J. nur bis zum 1. Oktober d. Jahres gezahlt werden. Was dann geschehen soll, darüber ist nichts gesagt worden. Man wird doch nicht etwa die Absicht haben, die Sätze dann wieder zu kürzen? — Damit würden sich die Kollegen auch nicht einverstanden erklären können. Denn nach dem 1. Oktober naht schon wieder der Winter mit seinen erhöhten Ausgaben für den Arbeiterhaushalt. In einer demnächst stattfindenden Zusammenkunft werden die Kollegen zu dieser Frage Stellung nehmen.

Wismar. Auf Antrag der Gasarbeiter sind die Stundenlöhne der Eisenarbeiter, Kesselheizer und Platzarbeiter vom 9. Juli an um 5 Pf. pro Stunde erhöht. Die solange gegebene Feuerungs- und Kinderzulage bleibt weiter bestehen. Hoffentlich werden die Puffkassenarbeiter demnächst auch an ihre Verwaltung herantreten, denn mit 32 bis 36 Pf. die Stunde ist mit dem besten Willen nicht durchzukommen.

◆ Aus den deutschen Gewerkschaften ◆

Die Einheitsgewerkschaft. In einem Korrespondenzartikel behandelt A. Winnig diese Frage, und zwar versteht er darunter die Zusammenfassung der freien, christlichen und kirchlichen Dunderschen in einer Organisation. Er kommt dabei zu folgendem Resultat:

... nur noch einen Trümmerhaufen anzutreffen, waren aber erkannt, wie wenig Schaden angerichtet war. Eines Nachts höre ich in unmittelbarer Nähe das Krachen eines Geschosses. Plötzlich ertönt der Ruf: „Alienbomben!“ Alles stürzt aus den Häusern. Welch interessantes Schauspiel! Vom Kreuzlicht zweier deutlicher Scheinwerfer beleuchtet, zieht am Himmel ein französisches Luftschiff gemächlich seine Bahn. Explodierende Schrapnells blitzen vor ihm. Hinter ihm, rechts und links von ihm auf. Aber unverletzt entkommt es. Schließlich wurde auch unser Ort mit neuen Mamonaden besetzt. Meistens waren es vier Schuß innerhalb 21 Stunden, die in ganz verschiedenen Tages- oder Nachtzeiten hereinfielen. Außer einigen zertrümmerten Fensterheben im Lazarett und den unmittelbaren Löchern im Erdreich entstand kein Schaden.

Es war ein Sonntag hell und klar, da mußte der Rest der Kompanie, der sich noch am Sitz der Regierung befand, zu neuer Dienstverteilung antreten. 15 Mann, darunter ich und ein Unteroffizier, mußten nach einem Nachbarort überhießen und uns demorts dort liegenden Kommando von unserer Kompanie angeschlossen. Das war insofern erfreulich, weil der Ort vor Verwundungen als sicher galt. Aber das Quartier! Uns wurde weil nichts Besseres vorhanden eine Scheune angewiesen, die kein ganzes Dach hatte. Es konnten Regen und Sonnenchein von oben sehr gut herein. In dem ganzen Ort war kein Stroh, kein Heu, keine Strohhalbe oder sonst etwas aufzutreiben, das uns als Lager hätte dienen können. Namentlich in einer Ecke entdeckte ich dann mit einem Kameraden ein wenig Segras, das feucht und modrig war. So hunkten wir in unserm „Salon“ mehrere Tage, bis eine Straße frei wurde, die zwar regenüber, dafür aber hochtrocken und ebenfalls ganz wie die Scheune war. Den meisten von uns machte es, sich gefüllte Strobdäcke zu verschaffen. Es daß sich nun Puff eingemessen haben ließ. Als Arbeit wurde uns zunächst der

Bau eines Laufgrabens zugewiesen. Unaufhörlicher Regen und fortgesetztes Einschlagen französischer Granaten in unmittelbarer Nähe sorgten dafür, daß keiner von uns übermäßig wurde. Eines Tages war es besonders schlimm. Vom Fußballon aus hatte der Franzmann wahrscheinlich unsern Abmarsch beobachtet, und so knallten seine Feldgeschütze gleich salbenweise auf uns los. Ohne Deckung liefen wir so eine halbe Stunde lang durch das Granatenfeuer. „Ja, da kannte laufen lernen, wenn Du auch nicht willst!“ rief mir ein immer zu Humor aufgelegter Kamerad zu. Endlich waren wir außer Gefahr. Wir von der dritten waren auch heute wieder alle heiß geliebten, aber zwei Kameraden von der zweiten Kompanie, die sich uns angeschlossen hatten, waren durch Splitter verwundet. Nach einiger Zeit erhielten wir neue Verpfändigung. Durch Stumpf und Waldschicht hatten wir per Feldbahn den Pioniermaterial zum Bau von Befestigungen zuzuführen. Die unrentierliche Arbeit, die ich im Felde überhaupt gemacht habe. Bis an die Waden liefen wir andauernd im Schlamm. Da die Bahn mit Granatlockern gespickt war, die sich wiederum mit Schlamm füllten, so verlor man bei jedem Schritt bis an die Knie. In unmittelbarer Nähe der Feldbahn standen deutsche Batterien, die Tag für Tag beschossen wurden. Viele Schüsse gingen zu kurz und schlugen in unmittelbarer Nähe der Bahn ein oder trafen direkt ins Gleis. Wenn uns das Leben lieb war, blieb uns nichts anderes übrig, als uns in den Schlamm zu werfen. Nun mal! Du aus, wie „Janber“ wir dann noch davon kamen. Nach schwermödriger Tätigkeit übertrahe uns dann plötzlich der Wechsel, daß die Kompanie noch heute abtritt. Am Abend wurden zwei Kompanien unseres Bataillons mitamt dem Stab verladen und nach einer ganz neuen Weidung gebracht. Zurzeit erfreue ich mich eines guten Kommandos. Ich bin Aufseher über Zivil bei landwirtschaftlichen Arbeiten.

Warum die Verhältnisse für eine Verschmelzung der drei Gewerkschaftsrichtungen noch nicht reif sind, liegt offen auf der Hand. Man muß in diesem Falle die Dinge nehmen wie sie sind. In der deutschen Arbeiterbewegung spiegeln sich die Licht- und Schattenseiten der deutschen Entwicklung wieder: an realer Kraft der Arbeiterbewegung jedes anderen Landes überlegen, krankt sie wie kaum eine andere Klasse ihres Landes an der religiös und politisch begründeten Zersplittertheit, die das deutsche Schicksal der letzten Jahrzehnte regiert hat. Es sind nicht Unterschiede des wirtschaftlichen Strebens, was die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen voneinander trennt. Anfänglich hat man das wohl auf allen Seiten geglaubt, aber wir haben dann doch ein zunehmendes Zusammenarbeiten bei der Lösung der rein gewerkschaftlichen Aufgaben gesehen. Das trennende Moment ist das politische Bekenntnis, der religiöse Glaube; die Tatsache, daß noch Hunderttausende von deutschen Arbeitern im Rahmen bürgerlichen Parteiwesens und damit in bewußtem Gegensatz zum demokratischen Sozialismus stehen, bedingt heute noch die gewerkschaftliche Trennung nach politischen Unterscheidungen. Wenn diese Unterschiede der politischen Verhältnisse bilden in einem Lande wie Deutschland, dessen politische Verfassung so unfernt und so unrichtig ist, einen noch viel zu starken Faktor für das Gesamtleben der Massen, als daß man sie auf einem so wichtigen Gebiete, wie es die Berufsorganisation ist, zum Schweigen bringen könnte. Diese Unterschiede müssen entweder erst verschwinden, oder zumindest ihre Macht verlieren, ehe sich ihre Träger dauernd zu einer einheitlichen Berufsorganisation vereinigen können. Es ist wenigstens nicht ganz undenkbar, daß einmal das letztere eintritt; das könnte dann der Fall sein, wenn die Kämpfe um die politische Verfassung durch die Erläuterung des gleichen Rechts einen vorläufigen Abschluß gefunden hätten. Gerade und wie davon weiter entfernt als je. Voraussetzlich müssen die nächsten Jahre eine Zeit bedeutungsvoller politischer Kämpfe und Entscheidungen werden. Darum sollte man sich klar sein, daß die Einheitsgewerkschaft einhülsen noch eins der vielen Ideale (?) bleiben muß, die wohl ein Richtungsmerkmal, aber noch nicht das unmittelbare Ziel unseres Strebens sein können."

Wir können in einer solchen „Einheitsgewerkschaft“ ein Ideal nicht erblicken, denn — wie schon Legien treffend in Königsberg darlegte, bestehen die Unterschiede der Weltanschauungen zu Recht. Wenn Sunnig hofft, daß sie einmal überwunden werden, so kann das doch nur geschehen dadurch, daß der Gedanke der sozialistischen Weltanschauung sich siegreich durchsetzt. Darüber wird aber noch viel Zeit vergehen. Wie übrigens die Christlichen darüber denken, zeigt Nr. 16 des „Zentralblatts“, das selbst einem Kartellverhältnis skeptisch gegenüber steht — Uns will bedünken, als hätten die 16 (?) Verbände der freien Gewerkschaften nach dem Kriege vor allen Dingen das Recht zu freien, die Widerstände zu beseitigen, die einer größeren Verschmelzung zahlreicher Berufsverbände zu Leistungsfähigeren Industrie-Verbänden heute noch entgegenstehen. Obwohl bis fünfzig voll leistungsfähige Verbände (nach den hauptsächlichsten Industriezweigen) würden der rapiden Konzentrationseentwicklung von heute entsprechen. Hier liegt die nächste und dringlichste Aufgabe der Zukunft! — Ein einseitiges Zusammengehen mit den Christlichen und Gewerksvereinen bei Lohnbewegungen, sozialpolitischen Forderungen event. auch solchen Einrichtungen (Arbeitsnachweis, Arbeiterkassen usw.) wird seit Jahren gepflegt und kann nach dem Kriege weiter ausgebaut werden, wenn der gute Wille auf allen Seiten vorhanden ist. Man soll aber von keiner Seite Unmöglichkeit verlangen und nicht unnötig in die Ferne schweifen, wo das Gute (die eigene stärkere Konzentration der Kräfte!), so nahe liegt!

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband konnte am 1. August auf sein 25-jähriges Bestehen zurückblicken. Zwar hat der Krieg über 100.000 seiner Mitglieder an die Fronten gerufen, aber noch sind weit über 200.000 auf der Wacht, die Organisation über die schweren Zeiten hinwegzubehalten. Die größte Gewerkschaft der Welt feierte in jählicher Weise an den größeren Orten ihren Gedenktag. Auch die „Metallarbeiter-Ztg.“ bringt in ihrer Nummer eine treffliche Würdigung. Der 1. Vorsitzende Schlichte steht gleichfalls seit 25 Jahren an der Spitze des Verbandes und hat Zweifelsohne — so weit bei dieser Massenorganisation das Werk des einzelnen nur in die Waagschale fallen kann — stets sein Bestes für den Verband eingesetzt. Möge Deutschlands größte Organisation auch in der kommenden Kriegszeit den außerordentlich schweren Anforderungen gewachsen sein, die dann an sie herantreten. Wir wünschen unserer Vorkämpferorganisation auch weiterhin die gedeihliche und im höchsten Grade wertvolle Entwicklung, die sie in den letzten Jahren antworten konnte.

Rundschau

Lohnfürzungen und Militärrenten in öffentlichen Betrieben. Die Tatsache, daß bei der Beschäftigung von Kriegsverletzten, die eine Militärrente beziehen, in öffentlichen Betrieben die Löhne nicht selten im Hinblick auf die Rente gekürzt werden, hatte den Abgeordneten Marquardt veranlaßt, sich mit einer Eingabe an den Reichskanzler zu wenden, worin er bat, diesem Mißstand entgegenzuwirken. Darauf ist jetzt vom Reichskanzler eine Antwort erfolgt, in der es heißt:

„Die von Euer Hochwohlgeboren vertretene Auffassung, daß der Lohn der in öffentlichen Betrieben beschäftigten Militärrentenempfänger, insbesondere also der Kriegsverletzten, nicht mit Rücksicht auf den Rentenbezug gekürzt werden dürfe, wird auch von mir geteilt. Der Grundgedanke, daß der Lohn auch dieser Klasse von Beschäftigten lediglich nach ihrer Arbeitsleistung bemessen werden soll, ist sowohl von der Reichsleitung wie vom königlich preussischen Staatsministerium und anderen Bundesregierungen als maßgebend anerkannt worden und hat sich auch im gewerblichen Leben, soviel mir bekannt, ganz überwiegend Bahn gebrochen. Ich glaube annehmen zu können, daß diejenigen öffentlichen oder privaten Stellen, welche etwa bisher eine abweichende Lohnregelung befolgt haben, sich dem Einflusse der herrschenden Anschauung und des von Reich und Staat gegebenen Vorbildes nicht werden entziehen können. Einem Eingehens auf die Frage, ob die kaiserliche Verwaltung bisher die Rente auf den Lohn ganz oder teilweise angerechnet haben, wird es nicht weiter bedürfen. Dem deutschen Städtetag ist von der amtlichen Stellenaufnahme Kenntnis gegeben worden. Auch wird die Angelegenheit weiter im Auge behalten werden; etwaige Wahrnehmungen auf dem in Rede stehenden Gebiet stelle ich eruchen anheim, zur Kenntnis des Herrn Staatssekretärs des Innern zu bringen.“

gez. v. Reihmann-Gollweg."

Es wird nicht der verantwortlichen Stellen sein, mit weit größerem Nachdruck, als es bisher geschah, dem Hinweis derartige Lohnfürzungen entgegenzuwirken. — Wir erfinden unsere Möglichkeiten, dem Verhandlungsstand in allen Rollen genaue Mitteilung zu machen, wo solche Kürzungen festzustellen sind!

Ein Aufruf des Kriegsernährungsamtes lautet: „Zwei volle Kriegsjahre mit allen ihren Tötungen und Verwundungen haben das deutsche Volk nahezu ertragen müssen; ungeheure Opfer wurden ihm aufzuerlegen. Sie wurden dargebracht, weil die Abwehr des Angriffes einer Heerzählung von Deutschen auf den Rest des Reiches und die Freiheit der nationalen und wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands sie erforderten. Der unvergleichliche Todesturm unseres Heeres hat sich als unüberwindlich erwiesen. Von den wichtigsten Aufgaben des Weltrechtes abgesehen und auf den Ertrag der eigenen Scholle angewiesen, vermochte das deutsche Volk das zweite schwere Kriegsjahr zu überleben, indem es tapfer und entgangensvoll seine Lebensgewohnheiten änderte und durch Einschränkungen, ja Entschreibungen, die schwere Mängel des letzten Jahres auszugleichen mußte. Der Schwerpunkt der an die Leistungsfähigkeit des Volkes gestellten Anforderungen trat mit den gewaltigsten militärischen Anstrengungen zusammen, die je ein Volk bei der Abwehr einer Heerzählung von Feinden zu leisten hatte. Neben währendem Kampfe gegen die lehrnde Wehr, die Heimat und Herd des deutschen Volkes schützte, führten unsere Gegner einen schmachvollen Krieg gegen Frauen und Kinder. Was die Waffenmacht auf dem Schlachtfeld nicht vermochte, soll der Hunger erzwingen. Wir sollen mürbe gemacht und der jährlichen Wiederkehr unserer Heere in der Heimat gewöhnt werden. Das wird nicht gelingen. Auf den heimischen Acker reißt uns die Erde entgegen, die einen reicheren Ertrag verspricht als die vorjährige. Sie gibt uns eine sichere Gewähr dafür, daß bei richtiger, die Mängel der bisherigen Regelung vermeidender Verteilung die dringendsten Erfordernisse unseres Volkes seine eigene Stärke übersteigende Bekämpfungsergebnisse erfahren wird. Das Kriegsernährungsamt wird aber daransetzen, daß die Nahrungsmittel gerecht und gleichmäßig verteilt werden und daß die Preise nicht über die durch die Kriegsverhältnisse gebotenen Grenzen hinausgehen. Soweit sich ohne Gefährdung der Bedarfsicherung eine Senkung des Preisstandes der Nahrungsmittel ermöglichen läßt, wird darauf hingewirkt werden. Auch bei der Durchföhrung dieser Grundzüge muß sich das deutsche Volk Einschränkungen auferlegen. Es sind aber geringe Opfer gegenüber den Entschreibungen und Opfern, die unser Volk seit zwei Jahren willig trägt. Unermesslichen Dank schulden wir in der Heimat den Töpfern da draußen, die unsere Grenzen schützen. Ihr Vorbild soll uns leiten bei Anpassung an die Kriegsernährungsverhältnisse. Es erfüllen vor einem Teil unserer Dankespflicht und bekunden den unerlöschlichen Tageswillen des deutschen Volkes durch die Tat.“ Die „Wund. Post“ bemerkt recht treffend dazu: „So dankenswert daher die warmen Töne aller Ansprache und

Maßnahmen am Ende des zweiten Kriegsjahres sind es in
zuvörderst, festzustellen, daß die Geduld des Volkes im Ertragen
so großer, aber vermeintlicher Nöthstände ihre natürliche
Grenze hat!

Ein Kriegswehreramt. Der preussische Minister des Innern
verfaßt die Errichtung einer besonderen Zentralstelle zur Be-
kämpfung des Wunders und sonstiger unläuterer Gebärungen im
Verkehr mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, die dem künftigen
Kriegswehreramt Berlin angegliedert wird und die Bezeichnung
"Kriegswehreramt" führt. Das Kriegswehreramt wird seine Tätig-
keit am 15. August aufnehmen. Es soll mit den Polizeibehörden
und den Behörden der Staatsanwaltschaft im ganzen Lande in enge
Berührung treten und namentlich auch auf enges Zusammen-
arbeiten zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten hin-
wirken. Dabei werden ihm sowohl Verwaltungsbeamte wie auch
Beamte der Staatsanwaltschaft zugeweiht. Die obere Leitung des
Kriegswehreramts liegt in der Hand des Polizeipräsidenten von
Berlin. Das Kriegswehreramt soll die Bekämpfung des Kriegs-
wunders und ähnlicher Unlauterkeiten einheitlich leiten und möglichst
effizient gestalten. Namentlich hat es seine Aufmerksamkeit auf
die Verfolgung von Heberwerbungen der Preispreise, übermäßigen
Preissteigerungen, Zurückhaltung von Waren, Mettenhandel,
Schwundel mit Erlagsmitteln und weiterer dergleichen Nöthstände zu
wenden. Seine Zuständigkeit erstreckt sich jedoch nur auf Gegen-
stände des täglichen Bedarfs, nämlich auf Lebensmittel und Futtermittel
aller Art, rohe Rohstoffe, Holz und Leuchtstoffe, Wasch-
mittel, Kleidung und Schuhwerk. Der Minister des Innern legte
dem Kriegswehreramt umfassende Befugnisse gegenüber den Polizei-
behörden und den Preisprüfungsstellen bei. Die größere Zahl
einer Preisprüfer erwidert es dem Kriegswehreramt, in
größeren Bundesfällen ohne Zeitverlust Ermittlungen im ganzen
Lande mit Unterstützung der örtlichen Polizeibehörden anzustellen.
Bevor das Zusammenwirken zwischen den Behörden der Staats-
anwaltschaft und dem Kriegswehreramt erfolgt der Zustimmung
anderer Anordnungen. -- Wenn vor Jahr und Tag so vor-
gegangen wäre, sähe die Geschichte jedenfalls besser aus.

Welt mit der Sozialpolitik? Die vielgerühmte Neuorientie-
rung ist ein Schlagwort, dem jeder, der es benutzt, einen anderen
Sinn unterlegt. Die Arbeiter erwarten von der ihnen in Aus-
sicht gestellten Neuorientierung nach dem Kriege eine größere Be-
weismassigkeit, eine Beseitigung der Götze und Verwaltungs-
verhältnisse, die sie zu Bürgern mündigen Rechts hemmpfen. Die
Lösung ihrer Noth soll sie in sich selbst finden, den Kampf um die
Behauptung ihrer wirtschaftlichen Lage mit größerer Anstrengung auf
Ertrag zu führen. Die Neuorientierung muß, wenn sie einen Sinn
haben soll, eine kräftige Fortführung der Sozialpolitik in sich be-
schließen. Das alles ist aber Zukunftsmusik. Das Maß der Er-
haltung wird sehr wesentlich von der Kraft abhängen, mit welcher
die Arbeiter ihre Forderungen vertreten. Je stärker die Arbeiter-
organisationen sind, desto vollkommener wird die Neuorientierung
ausfallen. Sie wird es, wie ein Traum zerfließen, wenn die
Arbeiterlichkeit zur gegebenen Zeit aufhört zu sein, ihren Wünschen
den erforderlichen Nachdruck zu geben. Die thörichten Sammel-
reden (siehe auch weiter!) und ähnliche Publikationen können nicht
dabei hinwegtäuschen, daß einflüchtige Kräfte am Werke sind,
in jedem Fortschritt entgegenzuwirken. Einer der lautesten Anker
an dieser Stelle ist die "Deutsche Arbeiterzeitung", die jede Ge-
wahrnehmung wahrnimmt, um gegen eine Neuorientierung der inneren
Politik und gegen die Verbesserung der Lage der Arbeiter Stim-
mung zu machen. In ihrer neuesten Nummer vom 30. Juli
behandelt sie das Thema von der gefüllten Kompottschüssel. Die
sozialpolitische Gleichgültigkeit darf nach dem Kriege nicht fortge-
setzt werden. Diesen Gedanken hat das Organ für die rücksichts-
lose Wahrnehmung der Unternehmerinteressen schon immer ver-
treten und es bereitet ihm eine ganz besondere Genugthuung, sich
in diese Auffassung auf einen freimüthigen Politiker, den Reichs-
tagsabgeordneten Dr. Doormann, berufen zu können, der in
seinem Aufsatz im "Hamburger Fremdenblatt" im Saden der So-
zialpolitik zur Verlichtung und Belehrung mahnt und dafür von der
Arbeiterzeitung als verständiger Politiker gefeiert wird. Wenn
die Ansichten richtig wiedergegeben werden, dann warnt Door-
mann vor jeder Heberhebung und Heberhebung in der Sozial-
politik. Für die nationale Wohlfahrt könnten die schwersten Schä-
dungen entstehen, wenn man wieder einmal tiefenichneidende
Schritte schaffen wollte, bevor die ganze Sachlage bis auf den letzten
Grund durchsichtigt und erkannt ist. So etwas ist natürlich den
Schürmachern aus dem Herzen gesprochen. Erwägungen waren
schon schon ein bewährtes Mittel, die Erfüllung berechtigter For-
derungen auf die lange Bank zu schieben. Wird auch die Sozial-
politik verlagert, bis die ganze Sachlage bis auf den letzten Grund
durchsichtigt und erkannt ist? Dann bedeutet das praktisch eine
Verzögerung bis zum 21. November. Herr Doormann hat
in dieser Hinsicht Ausdruck gegeben, daß die Sozialpolitik das Stadium
erreicht, in dem es sich allein um die Lage der Lohnarbeiter gehandelt habe,
wenn man überwinden hätte und die Interessen des ganzen Vol-
kes zu Auge behalten muß. Die "Arbeiterzeitung" spricht
von Augen gleich weiter und führt aus, daß sich die Verhält-
nisse so grundlich geändert hätten, daß nicht mehr die Lohnarbeiter
in erster Linie einer sozialpolitischen Fürsorge bedürften. Das
ist nur eine Umkehrung des gefüllten Wortes von der ge-

füllten Kompottschüssel. Die künftige Sozialpolitik muß sich zur
Wachsamkeit nehmen, daß sie auch diejenigen unterlassen oder
doch sorgsam vor jeder Schädigung bewahren muß, durch deren
Wirken und Schaffen die eigentlichen Quellen des Volkswohl-
standes, des wirtschaftlichen und technischen Fortschrittes erschöpfen
werden. Welche Kreise damit gemeint sind, verrät die "Arbei-
terzeitung" nicht. Da sie aber diese Fürsorgebedürftigen in
Gegenjah zu den Arbeitern bringt, die keiner weiteren sozial-
politischen Fürsorge bedürfen, so meint sie damit offenbar die
anderen. Ein sehr wichtiges Argument gegen die Sozialpolitik ist,
daß sie Geld kostet. "Es gibt keinen sozialpolitischen Fortschritt,
der nicht entweder positive Aufwendungen erfordert, oder nega-
tiv wenigstens vorübergehend Ausfälle bringt." Da nach dem
Kriege an die Kapitalkraft des deutschen Volkes und vornehmlich
des deutschen Unternehmertums ganz gewaltige Anforderungen ge-
stellt werden müssen, ist es nur logisch, wenn auf alle Aufwendun-
gen zur Fortführung der Sozialpolitik verzichtet wird. Die unge-
theilte Anerkennung der "Arbeiterzeitung" hat sich Herr Door-
mann allerdings nicht erworben. Er empfiehlt nämlich als ein
Mittel zur rationellen Ausnutzung der Arbeitskraft die Verkürzung
allzulanger Arbeitszeit. Da macht die brave "Arbeiterzeitung"
nicht mit, und sie warnt eindringlich den Rat zu hören, der den
Staats- und Gemeindebehörden eine eifrige sozialpolitische Betätig-
ung empfiehlt. Aus Rücksicht auf die privaten Unternehmer müsse
auch hier Zurückhaltung geübt werden. Die "Arbeiterzeitung"
schließt ihre Betrachtungen mit Worten warmer Anerkennung für
die "nationalen und wirtschaftlichen Arbeiterverbände", die den
Bestrebungen der Unternehmer für die Rückwärtsentwicklung der
Sozialpolitik so großes Verständnis entgegenbringen. Den Gei-
stern geschieht es ganz recht, wenn sie so gelobt werden. Für die
Arbeiter aber, denen das Wohl ihrer Massengenossen am Herzen
liegt, bedeuten die Gedanken der "Arbeiterzeitung" über die
künftige Gestaltung der Sozialpolitik eine ernie Warnung. Es
sind einflussreiche Kreise, die in jedem beiderseitigen Fortschritt eine
Gefahr für ihre Vorrechte erblicken. Und wie mit der Sozial-
politik, so steht es mit allen Fragen der inneren Politik. Wenn
wir die Widerstände überwinden und eine Neuorientierung durch-
führen wollen, dann müssen wir unsere Organisationen auf der
Höhe ihrer Leistungsfähigkeit erhalten. Die Unmöglichkeit der Ar-
beiter bedeutet den Triumph ihrer Feinde.

Wehr weibliche Beamte in der Gewerbeinspektion. Von ver-
schiedenen Seiten war an die preussische Regierung das Eruchen ge-
äußert worden, es möchten angesichts der enorm steigenden Zahl der
in der Industrie beschäftigten Arbeiterinnen (Großindustrie,
Minerations- und Fabrikverarbeitungsanstalten usw.) die weiblichen
Beamten der Gewerbeinspektion vermehrt werden. Dieser Forder-
ung hat der Minister für Handel und Gewerbe jetzt in soweit
entsprochen, als zwölf Damen neu eingesetzt
wurden. Die vorhandenen Bewerberinnen, heißt es, waren so
zahlreich, daß nur ein kleiner Teil der Vorkerkungen Berücksich-
tigung finden konnte. Diese vorgenommene Vernehmung entspricht
bei weitem nicht der eingetretenen Vermehrung der Arbeiterinnen.
Im Jahre 1913 — für die folgenden Jahre sind die Berichte der
Gewerbeinspektionen noch nicht erschienen — waren in Preußen
etwa 18 Beamtinnen in der Gewerbeinspektion tätig. Im Jahre 1915
wurde ihre Zahl auf 32 erhöht. Den jetzt vorhandenen 34 weiblichen
Aufsichtspersonen stehen rund 340 männliche gegenüber. Im ganzen
Deutschen Reich sind gegenwärtig etwa 75 Beamtinnen in der Ge-
werbeinspektion tätig, das sind etwa 10 Proz. aller Gewerbeaufsichts-
beamten. Im Jahre 1913 waren in den revidierungspflichtigen
Betrieben (das sind solche mit mindestens 10 beschäftigten Per-
sonen) und diesen ausdrücklich gleichgestellten Anlagen (mit Aus-
nahme des Handelsgewerbes) in Preußen 77.262 Arbeiterinnen
beschäftigt, wozu noch etwa 10.000 in den Bergwerken tätige Frauen
kamen. Inzwischen hat sich die Zahl wohl annähernd verdoppelt.
Dazu kommt, daß zahlreiche Aufgaben aus dem Landarbeiterspie-
gel den Gewerbeinspektionen erwachsen sind, zu deren Verichtung weib-
liche Aufsichtspersonen sich ganz besonders eignen. Schließlich
brachte der Krieg auch die Beschäftigung zahlreicher Frauen an ge-
sundheitlich schädlicheren und gesundheitsschädlicheren Vorkarbeit. Für
eine noch größere Zahl von Beamtinnen ist also noch ein hin-
reichendes Arbeitsfeld vorhanden. Würden doch im Jahre 1913
nur etwa die reichliche Hälfte aller revidierungspflichtigen Betriebe
einer Revidierung unterzogen. Durch die zahlreiche Eingliederung
männlicher Beamten zum Vorkdienst ist das Verhältnis inzwischen
noch unangünstiger geworden. Stelle man also noch mehr eierische
Frauen an!

Preussische Staatsarbeiter. Laut einer neuerlichen Verfügung
der Staatsverwaltungsmittler wird den Preussischen Staats-
beamten und Staatsarbeitern die in Nr. 20 der "Gewerkschaft" d. N.
veröffentlichte Kriegssteuerungsbeihilfe statt bis zu 2100 RM.
Jahresentlohn bis 3000 RM. gewährt. Wenn man die Nach-
richten in dieser Sache verfolgte, die eine weitere Neuregelung
in Aussicht stellten, so muß es die Beteiligten enttäuschen. Es tritt
auch hier wieder einmal das alte bekannte Sprichwort zu: "Viel
Schweiß und wenig Wolle". Und was ist es mit dem Antrag Ge-
wald, der im bayerischen Landtag kurz vor Schluss noch angenommen
wurde? ("Gew." Nr. 23 d. N.) Ist diese Neuregelung etwa sein
Begründung gewesen?

Verbandstell

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

An die auf der Reise befindlichen Mitglieder.

Die in letzter Zeit vielfach in betrügerischer Weise erhobenen Unterstüßungen haben uns veranlaßt, eine Aenderung infolgedessen vorzunehmen, daß nicht mehr wie bisher die Respektierung in allen Filialen zur Auszahlung gelangen kann.

Diese Unterstüßung wird hinfür nur in folgenden Filialen gezahlt: Augsburg, Pfärle E. 90, Berlin, Engelufer 14, Breslau, Margaretenstr. 17, Dresden, Schwabenplatz 20, Düsseldorf, Wallstr. 10, Frankfurt a. Main, Alleeheilgenstr. 57 III, Hamburg, Weisenbinderhof 57, Hannover, Nicolaitr. 7, Leipzig, Keiser Str. 32, Miel, Fabrice 21 III, Lübeck, Johannistr. 48, Wagnenburg, Große Münzstr. 3, München, Reichsloggstr. 40, Nürnberg, Breitegasse 25, Stralsburg i. Ost, Ruprechtsw. Auweg 2, Stuttgart, Möhringer Str. 96.

Mit der Erreichung einer dieser Filialen nicht möglich, dann ersuchen wir, sich direkt an die Massenverwaltung, Berlin, Winterfeldstr. 24, zu wenden.

Der Verbandsvorstand.

Eingegangene Schriften und Bücher

Bücher aus der Kriegszeit. Unüberschaubar ist die Zahl der Bücher gewesen, die in der Kriegszeit erschienen sind. Der Leser, der nicht allzuweit Zeit besitzt, hat es schwer, sich da auch nur einigermaßen rechtzeitig zu orientieren. Ihm wird daher das Verzeichnis „Bücher aus der Kriegszeit“ willkommen sein, das die Wiener Volksbuchhandlung als Nachtrag zu ihrem bekannten umfangreichen Bücherverzeichnis „Was sollen wir lesen?“ soeben herausgegeben hat. Darin ist auf 32 Seiten Kriegsliteratur zusammengeheftet. Zunächst finden wir in dem Kapitel „Krieg und Sozialdemokratie“ die ganze während des Krieges erschienene Parteiliteratur vereinigt. Auch ist es schon sehr umfangreich. Um dem Leser einen Anhaltspunkt zu geben ist bei jeder Zeile vermerkt, ob der Verleger im Vorkrieg oder Nachkrieg in der Partei zu zählen ist. Die wichtigsten, am besten unterrichtendsten Schriften sind noch besonders bezeichnet, so daß hier zum ersten Male eine wirkliche Bücherübersicht vorliegt. Ein anderes Kapitel faßt die während des Krieges erschienene gewerkschaftliche Literatur zusammen. Zudem sind sozialistische Schriften über den Militarismus, ferner solche über die Ursachen des Weltkrieges zusammengestellt. Es folgt eine Auswahl ungarischer Kriegsliteratur über politische und volkswirtschaftliche Fragen. Es folgt dann bürgerlicher Literatur verschiedener politischer Richtungen an. In einem eigenen Abschnitt sind die Bücher angeführt, die sich mit der Zukunft Deutschlands und der Schaffung eines Mitteleuropas beschäftigen. Ein Kapitel für sich bilden auch die Bücher über die Polenfrage. Ferner finden wir im Katalog eine Reihe von Vorträgen und Schriften, die sich mit der Kriegserfolge, insbesondere mit der Frage der Kriegswirtschaft, beschäftigen. Ferner bildet ein Kapitel, in welchem Kriegsvorstellungen und Kriegsdichtungen vereinigt sind. Im Anhang sind auf wichtige wissenschaftliche Bücher und auf Dichtungen verwiesen, die während der Kriegszeit erschienen sind, ohne inhaltlich mit dem Krieg zusammenhängen. Die Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI, Gumpendorfer Straße 18, verleiht das Verzeichnis, das allen Bibliothekaren und Bücherliebhabern sehr nützlich sein wird, gegen Entsendung von 10 Heller in Briefmarken als Expedientias kostenlos.

Herzlichen Glückwünsche. Von C. David. Preis 1,50 M. Wer sich zum Redner ausbilden will, dem ist diese grundlegende Schrift sehr zu empfehlen. Das ausführliche Inhaltsverzeichnis wird auf Verlangen versandt vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Als Zwischendeckeward nach Südamerika. Von Heinrich Neuenhagen. Preis 1 M. Dieses Buch erschien soeben als neuester Band der Fortwärtts-Bibliothek. Einer, der auf den großen Ozeanen von Ost nach West gefahren ist, kommt zu einer für ihn merkwürdigen Reise auf dem Hamburger Schiff „Habib“ nach südamerikanischen Häfen. Vor dem fuhr er als Kapitänpassagier, jetzt aber fuhr er, angeheuert für Zwischendeckarbeit, in See; Freunde pushten seinen Mut an, und nun will er es ihnen zeigen. Daß sein Unternehmen ihm nicht gerade bequem liefen berichten wird, weiß er; schon seine Tüte und seine vierzig Jahre werden ihm den Teufel erschwern. Aber nun gerat er in einen Arbeitsbetrieb, von dessen schlimmer Charakter er sich vorher freilich keinen Begriff machen konnte. Was der Tüte auf dem „Habib“ erlebt, ist in bewegten Bildern von neuem erzählt, so wie eben Menschen und Tiere von einem beobachtet und getragen werden, der sein wichtiges Geschäft als Gelehrter hundertfach über ihn, aber er steht seinen Mann. Nicht nur als fertiges Reisebuch, sondern auch als treuliches Expedientbild hartester proletarischer Schiffsarbeit wird diese Südamerikafahrt jeden Leser fesseln.

Fragen an die Gleichgültigen.

Wie lange wollt ihr geistig dämmern
Und pendeln zwischen Ja und Nein?
Wollt ihr an euren Löss nicht hämmern?
Wollt ihr denn immer Amboss sein?
Wann wollt ihr mit dem Leben schreiten?
Ist euer Ziel der tote Punkt?
Wollt ihr nicht mit den Brüdern streiten,
Tamt die Zukunft heil und sunst?
Wann wachsen euch die Adlerschwinge?
Wann rühet ihr zu Kampf und Sturm?
Wollt ihr euch nie ein Recht erringen?
Wollt ihr nur kriechen wie ein Wurm?
Wollt ihr denn von den Kräften gehen,
Die der Verband im Kampf errast?
Bedenk: wie kommt ihr das begehren,
Was ihr nicht sat, wa, ihr nicht schafft?
Witot Malinowski i. d. „Vergarb. Na.“

Totenliste des Verbandes.

- | | |
|---|---|
| J. B. Gaudermann, Leipzig
Katernwärter
† 4. 8. 1916, 39 Jahre alt. | F. Hinke, Charlottenburg
Geflügelarbeiten
† 27. 7. 1916, 52 Jahre alt. |
| Ludwig Hechel, Stuttgart
Tagelöhner
† 30. 7. 1916, 54 Jahre alt. | Richard Hobis, Dresden
Arbeiter
† 1. 8. 1916, 52 Jahre alt. |
| Chr. Lüders, Magdeburg
Gartenbauarbeiter
† 4. 8. 1916, 63 Jahre alt. | Gottlieb Säwert, Lichtenberg
Gasarbeiter
† 30. 7. 1916, 56 Jahre alt. |
| Franz Müller, Grix
Manufakturarbeiter
† 30. 7. 1916, 50 Jahre alt. | Katharine Ohnm, Stuttgart
Wadefrau
† 24. 7. 1916, 56 Jahre alt. |
| August Neumann, Berlin
Arbeiter
† 2. 8. 1916, 45 Jahre alt. | F. Zickenroth, Magdeburg
Arbeiter
† 28. 7. 1916, 48 Jahre alt. |



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

- | | |
|--|--|
| Peter Gaade, Warneemünde
am 15. Juli 1916 im Alter von 31 Jahren gefallen. | J. Klamm, Ludwigshafen, Rh.
im Juli 1916 im Alter von 22 Jahren gefallen. |
| Ferd. Dalschinski, Menckeln
am 28. April 1916 im Alter von 43 Jahren gefallen. | Karl Köhle, Hamburg
am 17. Juli 1916 im Alter von 37 Jahren gefallen. |
| Heinrich Behne, Hamburg
am 21. Mai 1916 im Alter von 39 Jahren gefallen. | H. Köpcke, Hamburg-Borsfel
am 11. Juli 1916 im Alter von 24 Jahren gefallen. |
| F. W. Brüning, Hamburg
am 4. Juli 1916 im Alter von 39 Jahren gefallen. | Karl Köppler, Berlin
am 17. Juli 1916 im Alter von 39 Jahren gefallen. |
| Paul Förker, Berlin
am 11. Mai 1916 im Alter von 29 Jahren gefallen. | Johann Mair, Galfing
am 29. Juli 1916 im Alter von 35 Jahren gefallen. |
| Wilh. Freimund, Berlin
am 24. Juli 1916 im Alter von 29 Jahren gefallen. | Gottlieb Mand, Fenerbad
am 15. Juli 1916 im Alter von 32 Jahren gefallen. |
| Erwin Herbst, Berlin
am 12. Juli 1916 im Alter von 29 Jahren gefallen. | Wilh. Mielthke, Berlin
am 3. Juli 1916 im Alter von 36 Jahren gefallen. |
| H. Hey, Hamburg-Etzebrügge
am 19. Mai 1916 im Alter von 31 Jahren gefallen. | Fr. Plöger, Hamburg-Grany
am 19. Juni 1916 im Alter von 37 Jahren gefallen. |
| A. Hofelmaier, Moosburg
am 8. Juli 1916 im Alter von 31 Jahren gefallen. | Karl Schulz, Berlin
am 19. Juli 1916 im Alter von 29 Jahren gefallen. |

Gehre ihrem Andenten!